

**Satzung der Gemeinde Kranenburg
über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche
Maßnahmen (Straßenbaubeitragssatzung) vom 07.09.2007
in der Fassung der letzten Änderung vom 12.10.2021**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV.NRW. S. 498) und des § 8 des Kommunal-abgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712 / SGV. NRW. 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2004 (GV. NRW. S. 228), hat der Rat der Gemeinde Kranenburg in seiner Sitzung am 30.08.2007 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Erhebung des Beitrages**

Zum Ersatz des Aufwandes für die Herstellung, Erweiterung und Verbesserung von Anlagen im Bereich von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen und als Gegenleistung für die durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme den Eigentümern und Erbbauberechtigten der erschlossenen Grundstücke erwachsenden wirtschaftlichen Vorteile erhebt die Gemeinde Kranenburg Beiträge nach Maßgabe dieser Satzung.

Das Gleiche gilt für aufgrund öffentlich-rechtlicher Erschließung der Gemeinde bereitgestellten Straßen, Wege und Plätze (insbesondere Wirtschaftswege).

**§ 2
Umfang des beitragsfähigen Aufwandes**

- (1) Beitragsfähig ist insbesondere der Aufwand für
1. den Erwerb (einschließlich Erwerbsnebenkosten) und die Freilegung der für die Herstellung, Erweiterung und Verbesserung der Anlagen benötigten Grundflächen,
 2. den Wert der von der Gemeinde Kranenburg aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen zum Zeitpunkt des Beginns der Maßnahme,
 3. die Herstellung, Erweiterung und Verbesserung der Fahrbahn mit Unterbau, Tragschichten und Decke sowie für notwendige Erhöhungen und Vertiefungen,
 4. die Herstellung, Erweiterung und Verbesserung von
 - a) Radwegen,
 - b) Gehwegen,
 - c) Kombinierten Rad- und Gehwegen,
 - d) Beleuchtungseinrichtungen,
 - e) Entwässerungseinrichtungen,
 - f) Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
 - g) Parkflächen,
 - h) unselbständige Grünflächen,
 - i) Mischflächen.
- (2) Die Fahrbahnen der Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind nur insoweit beitragsfähig, als sie breiter sind als die anschließenden freien Strecken.
- (3) Nicht beitragsfähig sind die Kosten
1. für die laufende Unterhaltung und Instandsetzung der Straßen, Wege und Plätze.
 2. für Hoch- und Tiefstraßen sowie für Straßen, die für den Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt sind (Schnellverkehrsstraßen), ferner für Brücken, Tunnels und Unterführungen mit den dazugehörigen Rampen.

§ 3
Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes

Der beitragsfähige Aufwand wird nach den tatsächlichen Aufwendungen ermittelt.

§ 4
Anteil der Gemeinde Kranenburg und der Beitragspflichtigen am Aufwand

- (1) Die Gemeinde Kranenburg trägt den Anteil des Aufwandes, der
- a) auf die Inanspruchnahme der Anlagen durch die Allgemeinheit entfällt.
 - b) Bei der Verteilung des Aufwandes nach §§ 5 ff. auf ihre eigenen Grundstücke entfällt.

Der übrige Teil des Aufwandes ist von den Beitragspflichtigen zu tragen.

- (2) Überschreiten Anlagen die nach Abs. 3 anrechenbaren Breiten, so trägt die Gemeinde Kranenburg den durch die Überschreitung verursachten Mehraufwand allein. Bei den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen beziehen sich die anrechenbaren Breiten der Fahrbahnen auf die Breite, die über die beitragsfreie Fahrbahnbreite nach § 2 Abs. 2 hinausgeht.

- (3) Der Anteil der Beitragspflichtigen am Aufwand nach Abs. 1 Satz 2 und die anrechenbaren Breiten der Anlagen werden wie folgt festgesetzt:

| Straßenart | | anrechenbare Breiten in Kern-, Gewerbe- und Industrie-gebieten | | anrechenbare Breiten im übrigen | Anteil der Beitragspflichtigen |
|-------------------|--|---|--|--|---------------------------------------|
|-------------------|--|---|--|--|---------------------------------------|

1. Anliegerstraßen

| | | | | | |
|--|----|--------|----|------------------|----------|
| a) Fahrbahn | | 8,50 m | | 5,50 m | 75 v. H. |
| b) Radweg einschl. Sicherheitsstreifen | je | 2,40 m | | nicht vorgesehen | 75 v. H. |
| c) Parkstreifen | je | 5,00 m | je | 5,00 m | 75 v. H. |
| d) Gehweg | je | 2,50 m | je | 2,50 m | 75 v. H. |
| e) kombinierter Rad- und Gehweg | je | 4,00 m | je | 4,00 m | 75 v. H. |
| f) Beleuchtung und Oberflächenentwässerung | | - | | - | 75 v. H. |
| g) unselbständige Grünanlagen | je | 2,00 m | je | 2,00 m | 70 v. H. |

2. Haupteerschließungsstraßen

| | | | | | |
|--|----|--------|----|--------|----------|
| a) Fahrbahn | | 8,50 m | | 6,50 m | 50 v. H. |
| b) Radweg einschl. Sicherheitsstreifen | je | 2,40 m | je | 2,40 m | 50 v. H. |
| c) Parkstreifen | je | 5,00 m | je | 5,00 m | 70 v. H. |
| d) Gehweg | je | 2,50 m | je | 2,50 m | 70 v. H. |
| e) kombinierter Rad- und Gehweg | je | 4,00 m | je | 4,00 m | 60 v. H. |
| f) Beleuchtung und Oberflächenentwässerung | | - | | - | 60 v. H. |
| g) unselbständige Grünanlagen | je | 2,00 m | je | 2,00 m | 70 v. H. |

3. Hauptverkehrsstraßen

| | | | | | |
|--|----|--------|----|--------|----------|
| a) Fahrbahn | | 8,50 m | | 8,50 m | 30 v. H. |
| b) Radweg einschl. Sicherheitsstreifen | je | 2,40 m | je | 2,40 m | 30 v. H. |
| c) Parkstreifen | je | 5,00 m | je | 5,00 m | 70 v. H. |
| d) Gehweg | je | 2,50 m | je | 2,50 m | 70 v. H. |
| e) kombinierter Rad- und Gehweg | je | 4,00 m | je | 4,00 m | 50 v. H. |
| f) Beleuchtung und Oberflächenentwässerung | | - | | - | 50 v. H. |
| g) unselbständige Grünanlagen | je | 2,00 m | je | 2,00 m | 70 v. H. |

4. Hauptgeschäftsstraßen

| | | | | | |
|--|----|--------|----|--------|----------|
| a) Fahrbahn | | 7,50 m | | 7,50 m | 60 v. H. |
| b) Radweg einschl. Sicherheitsstreifen | je | 2,40 m | je | 2,40 m | 60 v. H. |
| c) Parkstreifen | je | 5,00 m | je | 5,00 m | 80 v. H. |
| d) Gehweg | je | 6,00 m | je | 6,00 m | 80 v. H. |
| e) kombinierter Rad- und Gehweg | je | 4,00 m | je | 4,00 m | 70 v. H. |
| f) Beleuchtung und Oberflächenentwässerung | | - | | - | 70 v. H. |
| g) unselbständige Grünanlagen | je | 2,00 m | je | 2,00 m | 70 v. H. |

5. Anliegerwirtschaftswege

| | | | | | |
|-------------|--|--|--|--------|----------|
| a) Fahrbahn | | | | 4,00 m | 60 v. H. |
|-------------|--|--|--|--------|----------|

6. Hauptwirtschaftswege

| | | | | | |
|-------------|--|--|--|--------|----------|
| a) Fahrbahn | | | | 6,00 m | 40 v. H. |
|-------------|--|--|--|--------|----------|

Wenn bei einer Straße ein oder beide Parkstreifen fehlen, erhöht sich die anrechenbare Breite der Fahrbahn um die anrechenbare Breite des oder der fehlenden Parkstreifen, höchstens jedoch um je 2,50 m, falls und soweit auf der Straße eine Parkmöglichkeit geboten wird.

- (4) Die in Abs. 3 Ziffern 1 bis 4 genannten Breiten sind Durchschnittsbreiten.
- (5) Für Fußgängergeschäftsstraßen, verkehrsberuhigte Bereiche und sonstigen Fußgängerstraßen werden die anrechenbaren Breiten und Anteile der Beitragspflichtigen am Aufwand für die anrechenbaren Breiten im Einzelfall durch Satzung festgesetzt.
- (6) Im Sinne der Absätze 3 und 5 gelten als
1. Anliegerstraßen:
Straßen, die überwiegend der Erschließung der angrenzenden oder der durch private Zuwegung mit ihnen verbundenen Grundstücke dienen,
 2. Haupteerschließungsstraßen:
Straßen, die der Erschließung von Grundstücken und gleichzeitig dem Verkehr innerhalb von Baugebieten oder innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen dienen, soweit sie nicht Hauptverkehrsstraßen nach Ziffer 3 sind,
 3. Hauptverkehrsstraßen:
Straßen, die dem durchgehenden innerörtlichen Verkehr oder dem überörtlichen Durchgangsverkehr dienen, insbesondere Bundes-, Landes- und Kreisstraßen mit Ausnahme der Strecken, die außerhalb von Baugebieten und von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen liegen.
 4. Hauptgeschäftsstraßen:
Straßen, in denen die Frontlänge der Grundstücke mit Ladengeschäften oder Gaststätten im Erdgeschoss überwiegt, soweit es sich nicht um Hauptverkehrsstraßen handelt.
 5. Fußgängergeschäftsstraßen:
Hauptgeschäftsstraßen, die in ihrer gesamten Breite dem Fußgängerverkehr gewidmet sind, auch wenn eine zeitlich begrenzte Nutzung für den Anlieferverkehr möglich ist,
 6. Verkehrsberuhigte Bereiche:

als Mischfläche gestaltete Straßen nach § 42 Abs. 4 a) StVO,

7. Sonstige Fußgängerstraßen:
Anliegerstraßen und Wohnwege, die in ihrer gesamten Breite dem Fußgängerverkehr dienen, auch wenn eine Nutzung für den Anliegerverkehr mit Kraftfahrzeugen möglich ist.
 8. Anliegerwirtschaftswege:
Wirtschaftswege, die überwiegend der Erschließung der angrenzenden oder der durch private Zuwendung damit verbundenen Grundstücke dienen. Die Wege dienen vorrangig der Bewirtschaftung der anliegenden Flächen und als Zufahrt zu Wohn- und Betriebsgebäuden.
 9. Hauptwirtschaftswege:
Wirtschaftswege, die neben der Erschließung von Grundstücken auch dem Verkehr innerhalb des Außenbereiches dienen.
- (7) Die vorstehenden Bestimmungen (Abs. 3 – 6) gelten für öffentliche Plätze und einseitig anbaubare Straßen und Wege entsprechend. Dabei sind die anrechenbaren Breiten für Radwege, Parkstreifen, Grünanlagen und Gehwege nach Absatz 3 nur entlang der bebauten bzw. bebaubaren Grundstücke anzusetzen. Die anrechenbare Breite der Fahrbahn nach Absatz 3 ist bei einseitig anbaubaren Straßen und Wegen mit 2/3 zu berücksichtigen.
- (8) Grenzt eine Straße ganz oder in einzelnen Abschnitten mit einer Seite an ein Kern-, Gewerbe- oder Industriegebiet und mit der anderen Seite an ein sonstiges Baugebiet oder an einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil und ergeben sich dabei nach Absatz 3 unterschiedliche anrechenbare Breiten, so gilt für die gesamte Straße die größte Breite.
- (9) Für Anlagen oder deren Teilanlagen, bei denen die festgesetzten anrechenbaren Breiten und Anteile der Beitragspflichtigen offensichtlich nicht zutreffen, bestimmt der Rat durch Satzung im Einzelfall die anrechenbaren Breiten und Anteile der Beitragspflichtigen.

§ 5

Verteilung des umlagefähigen Aufwandes

- (1) Der nach den §§ 2 – 4 ermittelte Aufwand wird auf die erschlossenen Grundstücke nach deren Flächen verteilt. Dabei wird die unterschiedliche Nutzung der erschlossenen Grundstücke nach Art und Maß berücksichtigt.
- (2) Als Grundstücksfläche i. S. des Absatzes 1 gilt
 1. bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplanes die Fläche, auf die der Bebauungsplan die bauliche oder gewerbliche Nutzung bezieht;
 2. bei Grundstücken außerhalb eines Bebauungsplanes oder wo der Bebauungsplan eine andere als bauliche oder gewerbliche Nutzung vorsieht:
 - a) Die Fläche zwischen der gemeinsamen Grenze des Grundstückes mit der Anlage und einer im Abstand von 50 m dazu verlaufenden Linie. Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zur Anlage herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt.
 - b) Soweit die Grundstücke nicht an die Anlage angrenzen, die Fläche zwischen der Grundstücksgrenze, die der Anlage zugewandt ist und einer im Abstand von 50 m dazu verlaufenden Linie.

Überschreitet die tatsächliche Nutzung die Abstände nach Satz 1 Buchstabe a) oder Buchstabe b), so fällt die Linie zusammen mit der hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.
- (3) Grundstücke an zwei aufeinanderstoßenden Anlagen mit einem Eckwinkel von nicht mehr als 135 Grad (Eckgrundstücke) sind für beide Anlagen beitragspflichtig, wenn sie durch beide Anlagen erschlossen werden. Bei der Ermittlung der anrechenbaren Grundstücksfläche ist die sich ergebende Grundstücksfläche jeweils nur zu 60 v.H. anzusetzen, wenn beide Anlagen ganz oder teilweise in der Baulast der Gemeinde stehen.

Die Vergünstigung wird für solche Teileinrichtungen nicht gewährt, die

1. von der Gemeinde nicht in beiden Anlagen hergestellt, angeschafft, erweitert oder verbessert worden sind, weil sie in der Baulast des Bundes, des Landes oder des Kreises stehen oder
2. nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes in der anderen Anlage nicht hergestellt, angeschafft, erweitert oder verbessert werden oder
3. in der anderen Anlage nicht vorhanden sind, es sei denn, sie werden dort nach einem bestimmten Beschluss des Rates der Gemeinde noch hergestellt.

Die Vergünstigungsregelung gilt nicht für Grundstücke in Kern- und Gewerbegebieten sowie für Grundstücke in anders beplanten oder unbeplanten Bereichen, die aber überwiegend gewerblich genutzt werden.

- (4) Bei der Beitragserhebung für Wirtschaftswege gilt als Grundstücksfläche im Sinne des § 5 Abs. 1 grundsätzlich die ganze Grundstücksfläche. Dabei sind landwirtschaftliche Hofstellen und landwirtschaftliche Nebengebäude (z.B. Feldscheunen) in die Vorteilsregelung einzubeziehen, und unterschiedliche Teilflächen zu bilden. Zum einen eine Teilfläche, die sich durch Teilung der Grundfläche des jeweiligen Baukörpers durch die nach § 17 Abs. 1 BauNVO für Kleinsiedlungsgebiete maßgebende Grundflächenzahl (0,2) ergibt, und auf die der jeweilige Nutzungsfaktor für die entsprechende Nutzbarkeit anzuwenden ist. Zum anderen eine Teilfläche, die sich durch Teilung der Restfläche durch die nach § 17 Abs. 1 BauNVO für Kleinsiedlungsgebiete maßgebende Grundflächenzahl (0,2) ergibt, und auf die gemäß § 7 Abs. 1 Buchstabe a) der Nutzungsfaktor für landwirtschaftlich genutzte Fläche anzuwenden ist

§ 6

Berücksichtigung des Maßes der Nutzung

- (1) Zur Berücksichtigung des unterschiedlichen Maßes der Nutzung wird die Fläche vervielfacht mit
 - a) 1,00 bei einer Bebaubarkeit mit einem Vollgeschoss,
 - b) 1,25 bei einer Bebaubarkeit mit zwei Vollgeschossen,
 - c) 1,50 bei einer Bebaubarkeit mit drei Vollgeschossen,
 - d) 1,75 bei einer Bebaubarkeit mit vier und fünf Vollgeschossen,
 - e) 2,00 bei einer Bebaubarkeit mit sechs oder mehr Vollgeschossen,

- (2) Für Grundstücke innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse wie folgt:

Ist die Zahl der Vollgeschosse festgesetzt aus der höchstzulässigen Zahl der Vollgeschosse.

Sind nur Baumassenzahlen festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die Baumassenzahl geteilt durch 3,5, wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen auf- oder abgerundet werden.

Ist nur die zulässige Gebäudehöhe festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die höchstzulässige Höhe geteilt durch 2,80 Meter, wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen auf- oder abgerundet werden.

Ist tatsächlich eine höhere oder als die festgesetzte Zahl der Vollgeschosse vorhanden oder zugelassen, so ist diese zugrunde zu legen; dies gilt entsprechend, wenn die zulässige Baumassenzahl oder die höchstzulässige Gebäudehöhe überschritten werden.

- (3) Für Grundstücke außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes oder für Grundstücke, für die ein Bebauungsplan die Zahl der Vollgeschosse, die Baumassenzahl oder die Gebäudehöhe nicht festsetzt, sowie für Grundstücke, auf denen eine Bebauung nicht zulässig ist, ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse:

- a) Bei bebauten Grundstücken aus der Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Voll-geschosse. Ist die Zahl der Vollgeschosse wegen der Besonderheit des Bauwerkes nicht feststellbar, gilt als Zahl der Vollgeschosse die Höhe des Bauwerkes geteilt durch 2,80 Meter, wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen auf- oder abgerundet werden.
- b) Bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken aus der Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse.
- c) Bei Grundstücken, auf denen keine Bebauung zulässig ist, die aber gewerblich genutzt werden können, werden zwei Vollgeschosse zugrunde gelegt.
- d) Bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze zulässig oder vorhanden sind, wird ein Vollgeschoss zugrunde gelegt.

§ 7

Berücksichtigung der Nutzungsart

Die unterschiedliche Art der Nutzung wird wie folgt berücksichtigt:

- (1) Die Grundstücksfläche wird vervielfacht mit:
 - a) 0,10 bei landwirtschaftlich genutzten Flächen
 - b) 0,08 bei forstwirtschaftlich genutzten Flächen
- (2) Die nach §§ 5 und 6 festgelegten Faktoren (oder Verteilungseinheiten) werden
 - a) um 0,5 erhöht bei Grundstücken in durch Bebauungsplan festgesetzten Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten sowie Sondergebieten mit der Nutzungsart: Einkaufszentren und großflächige Handelsbetriebe, Messe, Ausstellung und Kongresse, Hafengebiet;
 - b) um 0,5 erhöht bei Grundstücken in Gebieten, in denen ohne Festsetzung durch Bebauungsplan eine Nutzung wie in den unter Buchstabe a) genannten Gebieten vorhanden oder zulässig ist;
 - c) um 0,5 erhöht bei Grundstücken außerhalb der unter den Buchstaben a) und b) bezeichneten Gebiete, die gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzt werden (z.B. Grundstücke mit Büro-, Verwaltungs-, Post-, Bahn-, Krankenhaus- und Schulgebäuden, Kindergärten, Hallenbäder, Bürgerhäuser), wenn diese Nutzung nach Maßgabe der Geschossflächen überwiegt. Liegt eine derartige Nutzung ohne Bebauung oder zusätzlich zur Bebauung vor, gilt die tatsächlich so genutzte Fläche als Geschossfläche.
 - d) um 0,5 ermäßigt bei Grundstücken, die einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren Weise genutzt werden können (z. B. Kirchengrundstücke, Friedhöfe, Sportanlagen, Campingplätze, Freibäder, Dauerkleingärten oder private Grünanlagen),

§ 8

Abschnitte von Anlagen

- (1) Für selbständig benutzbare Abschnitte einer Anlage kann der Aufwand selbständig ermittelt und erhoben werden.
- (2) Erstreckt sich eine straßenbauliche Maßnahme auf mehrere Straßenabschnitte, für die sich nach § 4 Absatz 2 unterschiedliche anrechenbare Breiten oder unterschiedliche Anteile der Beitragspflichtigen ergeben, so sind die Straßenabschnitte gesondert abzurechnen.

§ 9

Kostenspaltung

Der Beitrag kann selbständig und ohne Einhaltung der Reihenfolge erhoben werden für

1. Grunderwerb,
2. Freilegung,
3. Fahrbahn,
4. Radweg,
5. Gehweg,
6. kombinierter Rad- und Gehweg,
7. Parkflächen,
8. Beleuchtung,
9. Oberflächenentwässerung,
10. unselbständige Grünanlagen.

§ 10 Vorausleistung und Ablösung

- (1) Sobald mit der Durchführung der Maßnahme begonnen worden ist, kann die Gemeinde Vorausleistungen bis zur Höhe des voraussichtlichen Beitrages erheben.
- (2) Der Straßenbaubeitrag kann abgelöst werden. Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des nach Maßgabe dieser Satzung zu ermittelnden Straßenbau-beitrages.

§ 11 Entstehung der Beitragspflicht

Die Beitragspflicht entsteht mit der

- a) endgültigen Herstellung der Anlage
- b) endgültigen Herstellung des Abschnittes gemäß § 8
- c) Beendigung der Teilmaßnahme gemäß § 9.

§ 12 Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig ist derjenige, der im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist. Mehrere Eigentümer eines Grundstückes sind Gesamtschuldner.
- (2) Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.

§ 13 Fälligkeit

Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

§ 14 Entscheidung durch den Bürgermeister

Die Entscheidung über die Abrechnung eines bestimmten Abschnittes einer Anlage sowie über die Durchführung der Kostenspaltung wird dem Bürgermeister übertragen.

§ 15 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2008 in Kraft.

- (2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Gemeinde Kranenburg vom 17.08.1978 und die 1. Ergänzungssatzung vom 21.05.1987 zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Gemeinde Kranenburg vom 17.08.1978 außer Kraft.

| Ratsbeschluss | Aufsichtsbehördliche Genehmigung | Bekanntmachungsanordnung | öffentl. bekanntgemacht | Inkrafttreten |
|---------------|----------------------------------|--------------------------|-------------------------|---------------|
| 30.08.2007 | | 07.09.2007 | 12.09.2007 | 01.01.2008 |
| 29.04.2008 | | 29.04.2008 | 05.05.2008 | 01.01.2008 |
| 19.05.2011 | | 23.05.2011 | 25.05.2011 | 01.06.2011 |
| 09.09.2021 | | 12.10.2021 | 18.10.2021 | 19.10.2021 |